

Notwendig: Konzept einer lebenswerten Arbeits- und Umwelt

Hermann Rappe, geb. 1929 in Hann. Münden, ist seit 1982 Vorsitzender der Industriegewerkschaft Chemie - Papier - Keramik.

Die fatale Politik der Bundesregierung

Seit das konservative Kabinett in Bonn das Sagen hat, kann man von einem nennenswerten Einfluß der Gewerkschaften auf die Politik der Bundesregierung kaum mehr reden. Überdeutlich wurde dies bei der Art und Weise, wie einschneidende Kürzungen im sozialen Netz zunächst begründet und dann durchgesetzt wurden; Begriffe wie „soziale Hängematte“, „Abschaffung ausbildungshemmender Vorschriften“, „Gelenkigmachung des Arbeitsrechts“ sind dafür symptomatisch. Der beispiellose Sozialabbau und die Unfähigkeit der Regierung, die Arbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen, führen bei den betroffenen Teilen der Bevölkerung zu einer steigenden Unzufriedenheit. Das Vertrauen in die Fähigkeit der Parteien, Krisen zu lösen und stabile Verhältnisse - wie in der Vergangenheit - zu garantieren, läßt fühlbar nach. Die Folge ist ein verstärkter Zulauf bei vermeintlichen Heilsaposteln, bei politisch oft konfusen Gruppierungen. Vor dem Hintergrund mangelnder Politikfähigkeit

solcher Gruppen und ihrer oftmals destruktiven gesellschaftspolitischen Zielsetzungen erscheint es unbedingt notwendig, dieser für unser Land unheilvollen Entwicklung Einhalt zu gebieten. Sicherster Weg dahin ist eine stärkere Ausrichtung der politische Verantwortung tragenden Parteien in Bund und Ländern an den Interessen und Bedürfnissen der Mehrheit der Bevölkerung.

Wenig hilfreich dabei ist, daß

- die Sanierung der Sozialeinrichtungen weiterhin allein auf Kosten der Arbeitnehmer durchgesetzt werden soll;
- Arbeitnehmerschutzrechte überall abgebaut werden;
- eine Steuerreform geplant ist, die den höheren Einkommensbeziehern weitere Vorteile bringt;
- die derzeitige Koalition nicht bereit ist, eine Ergänzungsabgabe für Besserverdienende zu erheben;
- die Bundesregierung es nach wie vor ablehnt, mittels eines Arbeitsmarktprogramms die explosive Beschäftigungslage zu entschärfen.

Es ist außerdem unerträglich feststellen zu müssen, daß es der Regierung ohne Zweifel gelungen ist, Einkommenszuwächse so zu verteilen, daß sie denjenigen zufallen, die zusätzliches Geld am allerwenigsten benötigen. Statt es sinnvollerweise in neue Arbeitsplätze zu investieren, wird das Geld oft für Finanzanlagen oder Devisenspekulationen mißbraucht, die zwar die Taschen einzelner füllen, der Entwicklung der Volkswirtschaft aber nur wenig nützen. Die tatsächlich durchgeführten Investitionen sind in der Regel nicht arbeitsplatzschaffend, da die Hauptzielsetzung der Unternehmer nach wie vor auf Rationalisierung und zusätzliche Beschleunigung des technischen Fortschritts gerichtet ist.

Elemente einer reformorientierten Industriepolitik

Um zu einem Konsens mit den Gewerkschaften zu kommen, die immerhin die Interessen des größten Teils der Bevölkerung vertreten, muß die Regierung ihre Politik entscheidend verändern. Wir sind der Meinung, daß die Kosten für die Erhaltung der sozialen Sicherheit - und somit auch der inneren Stabilität unseres gesellschaftlichen Systems - auf die Schultern aller gleichgewichtig verteilt werden müssen.

Damit die Arbeitslosigkeit nachhaltig bekämpft werden kann, muß die Bundesregierung mit den Ländern und Gemeinden ein Programm für zusätzliche Zukunfts-Investitionen entwickeln, das seinen Schwerpunkt im Bereich des qualitativen Wachstums hat. Darüber hinaus muß es auch zu einer veränderten Arbeitszeitpolitik kommen. Die politisch Verantwortlichen müssen

erkennen, daß die anhaltende Arbeitslosigkeit in erster Linie das Ergebnis tiefgreifender struktureller Veränderungen ist. Nur mit Hilfe einer zielgerichteten, konsequenten Wirtschaftspolitik - unter besonderer Berücksichtigung regionaler und sektoraler Strukturschwächen - kann die unerträgliche Arbeitsmarktsituation wirksam bekämpft werden.

Eine Vielzahl von Maßnahmen bietet sich dabei an:

1. Ausbau zukunftsträchtiger Industrien und die Förderung neuer, umweltschonender Technologien; besondere Bedeutung gewinnen dabei
 - der Umweltschutz (Rauchgasentschwefelung, Wasseraufbereitung, bleifreies Benzin etc.);
 - die Energieversorgung (Ausbau der Fernwärme, Wärmedämmung, Wärmekraftkoppelung etc.);
 - die Elektronik (Computertechnik und Biochips);
 - die Rohstoff Sicherung (Erschließung neuer Rohstoffquellen, Ausbau des Recycling und der Müllverwertung) und
 - die Meeresforschung (einschließlich der Verwertung von Meeresprodukten).
2. Langfristige regionale Wohnungsbauprogramme wie
 - sozialer Wohnungsbau;
 - Stadtkernsanierung, Stadtökologie, Wohnsubstanzerneuerung bzw. -erhaltung.
3. Eine klar definierte Energiesicherungspolitik mit folgenden Schwerpunkten:
 - rationelle und umweltschonende Verwendung und Einsparung von Energie;
 - Einsatz von Kohle, Öl und Gas unter dem Aspekt der Versorgungssicherheit und der Erhaltung von Arbeitsplätzen;
 - Weiterentwicklung regenerativer Energiequellen;
 - Einsatz von Kernenergie zur Deckung des Restbedarfs sowie deren, dem Stand der Technik entsprechende ökonomisch und ökologisch vertretbare Entsorgung.
4. Eine zielgerichtete Ansiedlungs- und Infrastrukturpolitik, um die Investitionsneigung privater Anlieger durch öffentlichen Flankenschutz zu fördern.
5. Eine richtungsweisende Verkehrspolitik - unter besonderer Berücksichtigung des Ausbaus und der Erhöhung der Attraktivität öffentlicher Verkehrssysteme mit dem Ziel der Rohstoffeinsparung und der Reduzierung der Umweltbelastung.

Die in diesen Vorschlägen enthaltene Förderung von Umweltschutzinvestitionen erleichtert eine bereits mehrfach von der Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik geforderte Reformpolitik der schrittweisen Veränderung

gen, die Arbeitsplätze erhält und trotzdem das notwendige Ziel einer umweltfreundlichen Produktion erreicht. Die bisher betriebene defensive Wirtschafts- und Umweltpolitik, gekennzeichnet durch hohe soziale Kosten in den Bereichen Umweltreparatur und Gesundheitswesen, muß langfristig einer Industriepolitik weichen, die von vornherein neben ökonomischen auch ökologische Notwendigkeiten gleichgewichtig beachtet.

Gegen eine ungerechte und falsche Steuerreform

Auch im Bereich der Finanzpolitik verfolgt die Bundesregierung völlig im Gegensatz zu gewerkschaftlichen Ansichten stehende Ziele. Dies läßt sich sowohl an ihren Aktivitäten zur Vorbereitung der Steuerreform als auch an ihren Bestrebungen in Fragen der Privatisierung staatlicher Beteiligungen festmachen. So ist das Vorgehen der Koalition bei der angekündigten Steuerreform nicht nur ungerecht, sondern auch unter dem Gesichtspunkt einer gezielten Belebung der privaten Nachfrage völlig falsch. Denn die vorgesehenen steuerlichen Maßnahmen erzeugen eine Kaufkraftsteigerung dort, wo ohnehin genügend Geld vorhanden ist und von wo die Steuerentlastung eher auf Sparkonten als in zusätzliche Konsumnachfrage fließt.

Aus der Sicht der Gewerkschaften ist die geplante Steuerreform daher nicht nur sozial unzumutbar, sondern auch wirtschaftlich schädlich. Bei genauem Hinsehen entpuppt sie sich als ein zusätzliches Instrument der Einkommensverteilung von unten nach oben, zumal nach dem Scheitern der rückzahlbaren Investitionshilfeabgabe eine Ergänzungsabgabe in der Koalition nicht durchsetzbar ist.

Statt einer umstrittenen Steuerreform sollten alle vorhandenen Finanzreserven für die Finanzierung des oben vorgeschlagenen mittelfristigen Investitionsprogramms genutzt werden. Ein solches Programm würde private Investitionen nach sich ziehen, die dann in qualitative Wachstumsfelder gelenkt werden könnten. Die Folge wäre eine Belebung der Wirtschaft, die sich nicht nur in einem wachsenden Steuer- und Beitragsaufkommen, sondern auch in einer Entlastung des Arbeitsmarktes niederschlagen würde. Die Entlastung öffentlicher Haushalte wäre die Folge - und bisher gebundene Mittel würden verfügbar.

Statt Privatisierung - Subventionsabbau

Auch die Privatisierungspläne der Regierung treffen auf deutlichen gewerkschaftlichen Widerstand. Nicht von ungefähr wird diese Privatisierungsdiskussion immer dann und immer dort besonders intensiv geführt, wo

konservative Parteien die Regierungsverantwortung tragen. Das ist in Großbritannien und in den USA nicht anders als zur Zeit in der Bundesrepublik, denn die Privatisierung von Volksvermögen gehört eindeutig zu den Grundpfeilern neo-konservativer Wirtschaftspolitik.

Die Konservativen stehen für ein Programm privatwirtschaftlicher Marktphilosophie, in dem für staatliche und gewerkschaftliche Aktivitäten kein Platz mehr ist. Nach ihrer Ideologie ist der freie Markt durchaus in der Lage, alle wirtschaftlichen und sozialen Probleme allein zu lösen. Dahinter steht das Verständnis, daß die vielfältigen ökonomischen und sozial-politischen Aktivitäten des Staates konkurrenzwirtschaftliche Anpassungsprozesse verhindern und daher für Ungleichgewicht und Krisen allein verantwortlich seien. Überspitzt gesagt bedeutet das, daß jede Einmischung des Staates in die marktwirtschaftlichen Abläufe zu einer Destabilisierung des marktwirtschaftlichen Systems führen müßte.

Unsere Auffassung ist genau entgegengesetzt. Ohne staatliche Eingriffe und Wettbewerbskontrolle würden sich auf vielen Teilmärkten Monopole bzw. Oligopole bilden, die zu Lasten der Arbeitnehmer und der Verbraucher eine arbeitsplatzvernichtende und wettbewerbslose Politik betreiben würden. Der Staat hat also keine destabilisierende, sondern ganz im Gegenteil eine stabilisierende Funktion, die nicht nur den im Markt befindlichen Unternehmen, sondern auch den in diesen Unternehmen Beschäftigten zugute kommt. Da die Gewerkschaften diese gesellschafts-, sozial- und wirtschaftspolitische Verantwortung des Staates immer wieder hervorheben, ist es kein Wunder, daß auch sie als Störfaktor in der „reinen Marktwirtschaft“ betrachtet werden. So wird natürlich besonders die gewerkschaftliche Tarifpolitik von den Konservativen für systemimmanente Funktionsmängel verantwortlich gemacht, ebenso wie die angeblich zu „starrten Arbeitnehmerschutzgesetze“.

Sinnvoller als jede Privatisierungsdebatte wäre es, wenn die Bundesregierung zunächst einmal - entsprechend der gewerkschaftlichen Forderung - einen gezielten Subventionsabbau betreiben würde. Denn ganz sicher gefährdet eine undifferenzierte, mit der Gießkanne durchgeführte Subventionierung der verschiedensten Sektoren die marktwirtschaftliche Stabilität unseres Systems stärker als einige, in staatlicher Regie befindliche Wirtschaftsunternehmen. Wird Volksvermögen verschleudert, um kurzfristige Haushaltsdefizite auszugleichen, muß das auf den entschiedenen Widerstand der Gewerkschaften stoßen.

Der von der Bundesregierung mit großem publizistischen Aufwand und Elan angekündigte gesamtwirtschaftliche Aufschwung ist auch im Jahre 1984

weitgehend ausgeblieben. Abhilfe ist hier nur durch ein längst überfälliges Beschäftigungsprogramm zu schaffen. Neben den für die geplante Steuerreform bereitgestellten Mitteln sind weitere mögliche Finanzierungsquellen eines solchen mittelfristigen Programms:

- eine nicht rückzahlbare Ergänzungsabgabe für Bezieher höherer Einkommen;
- Arbeitsmarktabgabe für Selbständige, Freiberufler und Beamte;
- Überprüfung und Kontrolle von Subventionen;
- energische Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität;
- Senkung der Rüstungsausgaben im Zuge einer aktiven Entspannungspolitik für beide Militärblöcke.

Das entscheidende Hemmnis ist also weniger die fehlende Finanzierbarkeit einer beschäftigungspolitischen Offensive als vielmehr der fehlende politische Wille einer konservativen Regierung, die die Abkehr von sozialstaatlichen Prinzipien betreibt, einen frontalen Angriff auf die gesetzlichen Schutzrechte der Arbeitnehmer vornimmt und die Tarifautonomie in Frage stellt. Ein aktiver Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit läßt sich aus der politischen Konzeption der konservativen Regierung nicht erkennen.

Gewerkschaftliche Schwerpunkte: Tarif-, Arbeitszeit-, Technologiepolitik

Aufgabe der Gewerkschaften in den kommenden Jahren muß es sein, die Fragen einer differenzierten Arbeitszeitpolitik in den Mittelpunkt ihrer Arbeit zu stellen. Die gegenwärtige Beschäftigungskrise birgt die Gefahr einer Krise unseres demokratischen Staates in sich. Die Gewerkschaften können es nicht zulassen, daß eine Aufteilung in Arbeitslose und (noch) Arbeitsplatzbesitzer stattfindet. Der von der Jugend oft beklagten Perspektiv- und Chancenlosigkeit müssen wir das Konzept einer lebenswerten Arbeits- und Umwelt entgegensetzen. Durch die gewerkschaftlichen Bemühungen in der Arbeitszeitfrage, in der Umweltpolitik, bei der Mitbestimmung der Arbeitnehmer in allen Bereichen, um nur einige Beispiele zu nennen, müssen wir dieses Ziel erreichen.

Zu den tarifpolitischen Forderungen muß gesagt werden: Durch eine Kopplung von Zeit und Geld, also durch eine Verbindung zwischen Arbeitszeitverkürzung und der notwendigen Kaufkrafterhöhung, wird ein Beitrag zur Entlastung des Arbeitsmarktes geleistet. Seit Ende des Jahres 1981 wurde in der IG Chemie - insbesondere im Tarifbereich der Chemischen Industrie - eine zwischen Zeit und Geld abgewogene Tarifpolitik betrieben. In den Rahmen einer ständigen Diskussion mit unseren Mitgliedern gehörte auch das Bekenntnis, daß die Mark, die einmal zur Finanzierung von Arbeitszeitverkür-

zungsmaßnahmen ausgegeben wurde, nicht ein zweites Mal zur individuellen Kaufkraftsteigerung zur Verfügung steht. Aber da Solidarität für Gewerkschaftsmitglieder kein leeres Wort ist, wurde und wird ein solches tarifpolitisches Konzept von unseren Mitgliedern getragen. Selbstverständlich muß dazu auch gesagt werden, daß die gewerkschaftliche Tarifpolitik allein nicht in der Lage ist, die derzeitigen Arbeitsmarktprobleme zu lösen. Nur durch das regelnde Eingreifen des Staates in Form des vom DGB geforderten Beschäftigungsprogramms und durch eine entsprechende Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik ergeben sich die Voraussetzung und die Chance zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung.

Die IG Chemie hat auf ihrem letzten Kongreß im September 1984 als Leitlinie und Richtschnur für die tarifpolitische Diskussion und Auseinandersetzung ein „Tarifpolitisches Programm“ beschlossen. Darin wird einleitend festgestellt:

„Zur Überwindung der Arbeitslosigkeit und aus humanitären Gründen und zur Steigerung der Lebensqualität sind eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit und die Einführung der 35-Stunden-Woche das gemeinsame Ziel der Gewerkschaften im DGB.

Kurzfristige Schritte und Zwischenschritte auf dem Wege zu diesem Ziel haben für die praktische Tarifarbeit unmittelbare Bedeutung. So sind die Verkürzung der Wochenarbeitszeit für ältere und besonders belastete Arbeitnehmergruppen, die Einführung einer Tariffrente im Rahmen eines Vorruhestandsgesetzes, der Abbau von Mehrarbeit und die Gewährung von Freizeitgleich für unvermeidliche Mehrarbeitsstunden als ein tarifpolitischer Zwischenschritt zur allgemeinen Verkürzung der Wochenarbeitszeit zu sehen.

Im Rahmen der von uns geforderten gesamtgesellschaftlichen Verabredung müssen alle Gruppen der Gesellschaft zur Lösung der anstehenden Probleme beitragen.

Jede Form von Arbeitszeitverkürzung ist bei vollem Lohnausgleich vorzunehmen.

Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte müssen sicherstellen, daß Arbeitszeitverkürzungsmaßnahmen jeder Art den ohnehin schon hohen Arbeitsstreß in den Betrieben nicht weiter steigern. Zunehmende Arbeitsbelastungen, erhöhter Arbeitsstreß und eine zunehmende Leistungsintensivierung sind nicht nur aus Humanisierungsgesichtspunkten abzulehnen, sie vernichten die gewollten beschäftigungspolitischen Effekte.

Arbeitszeitverkürzende Maßnahmen dürfen nicht durch vermehrte Überstunden kompensiert werden. In Zeiten hoher Arbeitslosigkeit muß es zu einer moralischen Kategorie werden, Mehrarbeit nicht mehr finanziell abzugelten, sondern sie durch die Gewährung bezahlter Freizeiten auszugleichen.

Zusätzliche Beschäftigungseffekte werden dadurch entstehen, daß erschwerte Arbeitsbedingungen verstärkt anstelle von Zuschlägen und Zulagen mit einem Freizeitausgleich abzugelten sind.

Alle angestrebten tariflichen Arbeitszeitbedingungen müssen durch die Betriebsräte wirksam kontrolliert werden können“.

Damit ist klar, welche tarifpolitischen Aktivitäten für die nächsten Jahre als erforderlich angesehen werden, um zur Überwindung der Beschäftigungskrise beizutragen.

In den nächsten zwei, drei Jahren wird es nochmals ganz besonders darauf ankommen, eine wesentliche Erhöhung der Zahl der Ausbildungsplätze zu erreichen. Wir müssen alles daransetzen, die Ausbildungs- und Arbeitschancen für die jüngere Generation sicherzustellen. Das muß den Arbeitgebern und den politisch Verantwortlichen abgerungen werden, denn es darf nicht zugelassen werden, daß die Jugend in Resignation verfällt.

Die Gewerkschaften unterstützen die Entwicklung und Nutzung neuer Technologien, wenn die sozialen Folgen der damit in Gang gesetzten Prozesse strukturellen Wandels im Rahmen staatlicher Industriepolitik politisch bewältigt werden können. In dem Maße, wie die staatliche Politik zur Beschleunigung von technischen und wirtschaftlichen Innovationen gestaltend in die Entwicklung von Märkten eingreift, muß staatliche Politik auch aktiv werden, um den Prozeß der gesellschaftlichen Bewältigung der Technikgefahren und -folgen zu organisieren; gewerkschaftliche Forderungen dabei sind:

1. Auf der Ebene der Förderung von Schlüsseltechnologien die gezielte Entwicklung von Gestaltungsalternativen; in diesem Rahmen u. a.

- Beteiligung der Gewerkschaften bei der Formulierung von staatlichen Forschungsförderungsprogrammen;
- institutionelle Förderung eines Instituts „Arbeit und Technik“ in gewerkschaftlicher Trägerschaft.

2. Auf der Ebene der politischen Technologiefolgenbeherrschung die Begrenzung schädlicher Technikanwendung und die Gestaltung von Rahmenbedingungen insbesondere durch

- eine technologiespezifische Rahmengesetzgebung;
- Einrichtung paritätischer industriezweigbezogener Innovationsausschüsse zur Bewertung und Analyse von Technikentwicklungen;
- Maßnahmen im Rahmen staatlicher Struktur-, Beschäftigungs- und Qualifikationspolitik.

3. Auf der Ebene des sozialstaatlichen Schutzes der Arbeitnehmer vor negativen Auswirkungen von Technikanwendung:

- Finanzierung gewerkschaftlicher Humanisierungsvorhaben zur Entwicklung und Umsetzung sozialverträglicher Technikgestaltungen;
- Ausbau der Möglichkeiten der Selbstverwaltungseinrichtungen zur Bewältigung der gesundheitlichen und sozialen Folgen neuer Technologien;
- Ausbau der betrieblichen, unternehmensbezogenen und überbetrieblichen Mitbestimmungsregelungen in Technologiefragen.

Der Ausbau der Mitbestimmung in allen Bereichen der Wirtschaft muß verstärktes Ziel gewerkschaftlicher Bemühungen sein; die detaillierten Forderungen des DGB im gesamten Mitbestimmungsbereich müssen mit gewerkschaftlicher Kraft durchgesetzt werden.

Zum Schluß sei ganz klar gesagt: Die Bundesrepublik Deutschland ist eine Industriegesellschaft und muß es auch bleiben. Der Ausstieg aus der Industriegesellschaft oder „Null-Wachstum“ - wie von verschiedenen Gruppen vertreten - können für verantwortliche Gewerkschafter kein Programm sein. Sichere Arbeitsplätze und gesunde Arbeits- und Lebensumwelt sind kein Widerspruch, sondern vielmehr Verpflichtung und Chance für die Zukunft.